

Fragen und Antworten zu „Leave no One Behind“

Erfahrungen aus Burkina Faso



Inhalt

Hintergrund	2
1. Wie können die Zurückgelassenen identifiziert werden?	4
2. Welche Ursachen begünstigen das Zurücklassen bestimmter Gruppen?	6
3. Welche Beispiele gibt es, um die Zurückgelassenen besser zu erreichen?	7
4. Wie kann die LNOB Umsetzung im Projektkontext gestärkt werden?	8
5. Was können wir für die Umsetzung von LNOB in anderen Kontexten lernen?	9

Hintergrund

Das Agenda 2030 Prinzip „Leave no one behind“ (LNOB) schreibt die gemeinschaftliche Verpflichtung fest, alle Menschen auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung mitzunehmen. LNOB lenkt die Aufmerksamkeit vermehrt auf die ärmsten und am stärksten benachteiligten Menschen. Die Umsetzung des Prinzips stellt die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit und die nationalen Partner jedoch vor enorme Herausforderungen. Das Q&A Dokument analysiert mögliche Ansätze, um LNOB stärker in laufende Programme einzubeziehen und formuliert erste Möglichkeiten zur systematischen Erreichung benachteiligter Zielgruppen.

Das GIZ Programm *Dezentralisierung und Kommunalentwicklung* (Programme Décentralisation et Développement Communal; PDDC) unterstützt die Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses in Burkina Faso auf nationaler und lokaler Ebene. Um LNOB in diesen Prozess stärker zu integrieren, wurde eine explizite Kurzzeitberatung zu LNOB durchgeführt. Das Dokument stellt die gesammelten Umsetzungserfahrungen dar und bietet damit Gelegenheit Erlerntes auch für andere Kontexte nutzbar zu machen.

Das Vorhaben

Bereits seit 1991 hat Burkina Faso in seiner Verfassung festgeschrieben, Teile der zentralstaatlichen Zuständigkeiten an lokale Strukturen zu übertragen. Durch die Dezentralisierung beabsichtigt der burkinische Staat, die Teilhabe der Bevölkerung zu erhöhen, indem mehr politische Mitsprache in lokalen Entwicklungsprozessen möglich ist und Infrastruktur und Dienstleistungen entsprechend den Bedarfen vor Ort bereitgestellt werden. Das PDDC berät das für die Dezentralisierung zuständige Ministerium (Ministère de l'Administration Territoriale de la Décentralisation et de la Cohésion Sociale) und das Sekretariat der nationalen Dezentralisierungskonferenz bei der Umsetzung der Dezentralisierungsstrategie und dem Monitoring ihrer Fortschritte.

Das Land

Burkina Faso zählt zu den ärmsten Ländern der Welt. Im Human Development Index (HDI) 2017 der Vereinten Nationen nimmt das Land Rang 183 von 189 Ländern ein. Knapp 44% der Bevölkerung leben in extremer Armut, d.h. von weniger als 1,90 USD pro Tag. Unter Berücksichtigung weiterer Aspekte wie Gesundheit, Bildung und Lebensstandards, sind 84% der Bevölkerung von sogenannter multidimensionaler Armut betroffen. Es besteht ein großes Stadt-Land-Gefälle: Während auf dem Land knapp 95% als multidimensional arm gelten, sind es in der Stadt etwa 46%. Nach aktuellen Berechnungen wird das Land SDG 1 (Beendigung der Armut) bis 2030 nicht erreichen. Hohes Bevölkerungswachstum – bis 2030 wird sich die Bevölkerung von rund 19 Mio. auf 27 Mio. erhöhen – und zunehmende Herausforderungen durch staatliche Fragilität stellen Burkina Faso vor weitere Probleme, z.B. bei der Ernährungssicherung, nachhaltigem Ressourcenschutz und der Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen.

Leave no one behind

Die Umsetzung des LNOB Prinzips erfordert es, besonders benachteiligte Gruppen gezielt zu adressieren,

Maßnahmen grundsätzlich inklusiv zu gestalten und darüber hinaus ein förderliches Umfeld für inklusive nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Damit geht LNOB über eine reine Anti-Diskriminierungsagenda hinaus und verbindet die Themen Armut- und Ungleichheitsreduzierung mit der Umsetzung von Menschenrechten und Inklusion. LNOB zielt sowohl auf die Stärkung von Zielgruppen als auch auf die Veränderung gesamtgesellschaftlicher struktureller Bedingungen ab. Neben der Erreichung bestimmter Zielwerte (z.B. Erreichung eines Mindestlebensstandards) für die Zurückgelassenen, ist es dabei vor allem wichtig, dass sich Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen reduzieren. Dadurch wird auch anerkannt, dass zurückgelassene Gruppen bisher nicht hinreichend durch einen angenommenen „Mitnahmeeffekt“ von Entwicklungserfolgen erreicht wurden.

1. Wie können die Zurückgelassenen identifiziert werden?

Eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des LNOB Prinzips ist es, benachteiligte Personen und Gruppen zu identifizieren. Dazu bedarf es kontextspezifischer Zielgruppenanalysen und der Erhebung aufgeschlüsselter Daten, um bestehende Ungleichheiten und die besonderen Bedarfe der Betroffenen zu erfassen. Dies ist auch eine wichtige Voraussetzung für LNOB Monitoring und eine anschließende Evaluierung.

In einem ersten Schritt können sich Projekte mit einer **internen Selbstdiagnostik** befassen, die der **Kompetenzentwicklung im Team und bei den Partnern** dient. Wie setzt sich die bisherige Zielgruppe zusammen? Welche Kapazitäten sind bereits vorhanden, welche müssen ausgebaut werden? Untersucht werden **Zielsetzungen, Indikatoren und die bisherige Maßnahmenplanung**. In einem zweiten Schritt werden **externe Zielgruppenanalysen und Daten**, beispielsweise von Plan International¹ oder der Weltbank², ausgewertet und in die Planung miteinbezogen. Während die Selbstdiagnostik im PDDC bereits erfolgt ist, steht die Verknüpfung mit externen Zielgruppenanalysen noch aus.

Im PDDC wird in Kooperation mit den GIZ Sektorvorhaben *Reduzierung von Armut und Ungleichheit in der Agenda 2030* sowie *Menschenrechte umsetzen in der EZ* eine spezifische Zielgruppenanalyse durchgeführt. Diese Diagnostik bildet die Grundlage für eine **Bedarfsanalyse für zivilgesellschaftliche und kommunale Strukturen**. Zudem können **Erfahrungen und Daten anderer GIZ Vorhaben** für die Zielgruppenanalyse genutzt werden. Ein Beispiel hierfür ist eine vorgelagerte Studie zu benachteiligten Personengruppen im Rahmen des **Equality Budgeting Tools (EBT)**³. Der Erfahrungsaustausch über Methoden und Ansätze sollte über sogenannte **Communities of Practise über Projekt- und Ländergrenzen** hinweg geschehen und den GIZ Fach- und Methodenbereich einschließen.

¹ Plan International hat in einer der PDDC Partnergemeinden eine Zielgruppendiagnostik in 2018/19 zu vulnerablen Gruppen durchgeführt; EQUIPOPs Zahlen und Statistiken: <http://equipop.org/fr/publications/>

² Das Weltbank Projekt versucht die Kapazitäten für die Dezentralisierung von Verwaltung und Finanzen sowie die institutionellen Kapazitäten der Gemeinden in sechs Regionen zu stärken: <http://projects.worldbank.org/P162742?lang=en>

³ EBTs zielen darauf ab, Akteuren a) das notwendige Verständnis von Gerechtigkeit im Allgemeinen zu vermitteln und b) zu analysieren, inwieweit die öffentliche Haushaltsplanung auf die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen eingeht. Das kann als Grundlage für die Entwicklung fundierter (politischer) Reformen dienen. Weitere Informationen: <https://www.genderingermandevelopment.net/custom/images/contentBilderGalerie/bilderGalerie1000501/GIZ-Equity-budgeting-tool-2018-EN.pdf>

Die Identifizierung der Zielgruppe auf einen Blick:

- Teaminterne Kompetenzentwicklung/Sensibilisierung
- Arbeitsgruppen zu LNOB auf verschiedenen Ebenen und mit verschiedenen Akteuren/Partnern
- Erfahrungsaustausch mit anderen Projekten und Ländern (bspw. über IDA⁴ Burkina Faso; Communities of Practise (CoP) als Austauschplattform und Wissenssammlung)
- Datengrundlage schaffen:
 - Relevante Fragen für die Projektebene: Welche Strukturen und Prozesse der Datenerhebung bestehen bereits? Wie ist die Qualität der Daten und besteht die Möglichkeit der Zusammenführung unterschiedlicher Datenquellen?
 - Unterstützung bei der Verbesserung der institutionellen Leistungsfähigkeit der Statistikbehörden (Verwaltungsreform)
 - Open Data-Ansätze nutzen
 - Fokusgruppeninterviews zur Gewinnung qualitativer Daten⁵
- Zielgruppenanalysen zur Strategieplanung nutzen:
 - Interne Untersuchung/Selbstdiagnostik (bisherige Zielgruppe, Zielsetzung, Indikatoren und Maßnahmenplanung)
 - Externe Analysen verschiedener Partner
 - Verwendung bzw. Erhebung aufgeschlüsselter Daten
 - Wissenschaftliche Abschlussarbeiten in Kooperation mit lokalen Universitäten

⁴ IDA (Integrierte Digitale Anwendungen): GIZ internes Tool für virtuelle Zusammenarbeit, Möglichkeit flexible Teams über Länder- und Abteilungsgrenzen hinweg zu bilden, Dateien gemeinsam zu bearbeiten, Teamkalender anzulegen etc.

⁵ Der qualitative Ansatz ist besser geeignet, wenn die Zielgruppen Repressionen ausgesetzt sind oder mit Blick auf das Do No Harm Prinzip offene Daten eine potenzielle Gefahr für die Zielgruppen darstellen können.

Wer sind die Zurückgelassenen im Projektkontext?

Im konkreten Fall von Burkina Faso könnten durch eine stärkere Fokussierung des Nordens vorhandene regionale Disparitäten adressiert werden. Im Projektkontext wurden besonders arme Gemeinden in den Schwerpunktregionen - Südwest und Ost - identifiziert, deren Bedarfen jedoch aus Mangel an finanziellen Ressourcen bisher nicht entsprochen werden konnte. Das PDDC sieht den dringenden Handlungsbedarf weitere Kommunen in den beiden Projektregionen einzubinden.

Im Projektkontext wurde eine Arbeitshypothese über die Zurückgelassenen in Burkina Faso erstellt. Demnach sind folgende Gruppen besonders vulnerabel und benachteiligt: Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Frauen (bspw. Witwen), Analphabet*innen, Personen bestimmter ethnischer oder regionaler Zugehörigkeit, Landbevölkerung, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit niedrigem Einkommen oder Arbeitnehmer*innen im informellen Sektor. Wichtig ist zudem die Berücksichtigung von Mehrfachdiskriminierungen (bspw. die junge weibliche Landbevölkerung).

2. Welche Ursachen begünstigen das Zurücklassen bestimmter Gruppen?

Für den westafrikanischen Sahelstaat lassen sich verschiedene Faktoren identifizieren, die eine Barriere für die Erreichung vieler Zielgruppen darstellen. Eine erneute Regierungsumbildung Anfang des Jahres 2019 führte zu Änderungen in den Zuständigkeiten der einzelnen Ministerien (**Accountability**). Zweidrittel des Staatshaushaltes sind Geber finanziert; die Prioritäten der unterschiedlichen Akteure sind nicht systematisch auf LNOB ausgerichtet (**Prioritätensetzung**). Mit dem nationalen Entwicklungsprogramm (Plan national de développement économique et social) gibt sich das Land zwar einen wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungsfahrplan, der auch auf die Stärkung der ärmsten Bevölkerung zielt, jedoch wird die politische Umsetzung durch gewalttätige Konflikte und terroristische Bedrohungen erschwert. Hinzu kommen Konflikte, deren Ursachen in einer fragilen Rechtsauslegung begründet sind (Beispiel: Landrechtstitel). Diese vertiefen die Gräben zwischen armen und ärmsten Bevölkerungsgruppen (**Rahmenbedingungen und Sicherheitslage**).

Oft fehlen den ärmsten Bevölkerungsgruppen zudem Möglichkeiten, für ihre Rechte einzutreten (**Partizipationsmöglichkeiten**). Eine Herausforderung in Burkina Faso ist, dass sich die besonderen Bedarfe der ärmsten Bevölkerungsgruppen in den Schwerpunktregionen vor allem auf infrastrukturelle und soziale Grundbedürfnisse beziehen. Die kommunalen Budgets reichen meist jedoch nicht für eine flächendeckende Versorgung mit ebendieser Basisinfrastruktur, wie Wasserversorgung oder Gesundheitsdienste. Notwendige Vertretungsstrukturen der einzelnen Bevölkerungsgruppen sind häufig nicht existent, um beispielsweise Anliegen während der Haushaltsaufstellung und Kommunalplanung zu vertreten (**Repräsentation**). Weiter abgelegene Dörfer der Gebietskörperschaften sind geographisch benachteiligt (**Erreichbarkeit**).

Die Analphabet*innenrate unter den gewählten Ausschussmitgliedern der kommunalen Ebene ist hoch und viele der Gemeindemitglieder sprechen kein Französisch. Frauen sind in den Ausschüssen und in staatlichen Vertretungsstrukturen allgemein deutlich unterrepräsentiert. Nicht in allen kommunalen Ausschüssen sind illiterate Gemeindevertreter*innen inaktiv oder Frauen ohne Mandat, grundsätzlich sind die administrativen Kapazitäten auf kommunaler Ebene jedoch unzureichend (**Kapazitätsdefizit**). In der Regel verfügen die Gebietskörperschaften nicht über ausreichend Datenmaterial, um eine konkrete Bedarfsanalyse im regionalen und lokalen Kontext durchzuführen (**Datengrundlage**). Grundsätzlich sollten kommunale Dienstleister wie die Gebietskörperschaften als wichtige Akteure bei der Implementierung von LNOB in ihren Kompetenzen gestärkt werden.

Barrieren für die Erreichung der Zielgruppe auf einen Blick:

- Unklare Zuständigkeiten
- Keine systematische Ausrichtung auf LNOB
- Angespannte Sicherheitslage erschwert die (politische) Umsetzung
- Fehlende Partizipationsmöglichkeiten und unzureichende Vertretungsstrukturen
- Geographische Abgeschiedenheit und somit fehlende Erreichbarkeit
- Kapazitätsdefizit auf kommunaler Ebene
- Fehlende Datengrundlage

3. Welche Beispiele gibt es, um die Zurückgelassenen besser zu erreichen?

Im Sinne eines partizipativen Prozesses besteht die Möglichkeit **Betroffenenvertretungen oder benachteiligte Personengruppen zu Wort kommen zu lassen**. Ein Beispiel aus der Praxis: Das Handlungsfeld 2 im PDDC – Stärkung der lokalen zivilgesellschaftlichen Beteiligung – bietet einige Optionen zur LNOB Umsetzung. Dazu gehören Maßnahmen wie **Radiosendungen mit Zuhörerbeteiligung, Dorfplatzversammlungen** oder die Nutzung **sektoraler Cluster**. In diesem Handlungsfeld erfolgt ebenso die **Zusammenarbeit und Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Vertretungsorgane** der ländlichen Bevölkerung.

In vielen Vorhaben in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit liegen bereits Daten über die relevanten Zielgruppen vor. Diese können genutzt werden, um ein besseres Verständnis für

die Bedarfe der Zurückgelassenen zu erlangen und kontextspezifische LNOB Ansätze und Instrumente zu entwickeln. In Burkina Faso hat sich die Einrichtung einer **Schnittstellenkooperation mit anderen GIZ Vorhaben** bewährt, so können Synergien in der Anwendung des LNOB Prinzips entstehen. In der strategischen Landesplanung wurde für das Jahr 2019 eine **Arbeitsgruppe zu LNOB** etabliert, die die Umsetzung und Ausweitung von LNOB Maßnahmen vorantreibt.

LNOB Leuchtturmaßnahmen, wie der Schulungsansatz für illiterate kommunale Ausschussmitglieder, wurden in der Projektlaufzeit gemeinsam mit Partnern umgesetzt. Im Fokus steht ein **lokaler Kapazitätsaufbau der zivilgesellschaftlichen Vertretungsstrukturen** (insbesondere in den ländlichen Regionen). Lokale Partizipationsstrukturen sollten etabliert, aufgewertet und begleitet werden. In der Pilotierungsphase können in diesem Handlungsfeld **zusätzliche Ressourcen**, wie etwa neue Personalstellen, fachplanerische Kapazitäten und wissenschaftliche Begleitung eine wichtige Unterstützung bieten.

Auch **Partnernetzwerke** spielen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung von LNOB. In diesem Kontext ist der Austausch mit anderen Projekten, die z.B. menschenrechtsbasierte und armutsreduzierende Ansätze umsetzen, wichtig. Zudem bieten sich Multi-Akteurs-Partnerschaften⁶ für eine Zusammenarbeit an, um verschiedene Akteure zu integrieren.

Methoden zur Erreichung der Zielgruppe auf einen Blick:

- Betroffenenvertretungen oder benachteiligte Personengruppen eine Stimme geben
- Zusammenarbeit mit/ Unterstützung von zivilgesellschaftlicher Vertretungsorgane
- Schnittstellenkooperationen mit anderen GIZ Projekten einrichten
- Partnernetzwerke aufbauen
- Etablierung einer LNOB Arbeitsgruppe (z.B. auf Landes- oder Clusterebene)
- Einrichtung zusätzlicher Personalressourcen

4. Wie kann die LNOB Umsetzung im Projektkontext gestärkt werden?

Für die praktische Projektarbeit im frankophonen Westafrika braucht es grundsätzlich die **Übersetzung ins französischsprachige**. Damit können Teilhabe entlang aller Prozessschritte gewährleistet und die Projektteams in der Planungs- und Durchführungsphase konkret sensibilisiert werden. **Monitoring und Reflexionszeiten** sind wichtig, um die Umsetzungserfahrungen für andere Kontexte – thematisch oder länderspezifisch – besser nutzbar zu machen. **Personelle Kapazitäten** sind durch zusätzliche Personalstellen zu ergänzen (Entwicklungshelfer*innen zur Prozessbegleitung; thematisches Fachplaner*innenkontingent; Focal Points in den Projekten).

Die **Umsetzung von LNOB** sollte sich durch **alle Phasen des Projektzyklus** ziehen. Daher ist auch die Entwicklung eines Monitoring- & Evaluierungs-Systems (M+E System) ein wichtiger Bestandteil der LNOB Implementierung. Durch dieses System sollten Fortschritte bei der Zielerreichung überprüft werden, beispielsweise bezogen auf die Verringerung bestehender Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen.

⁶ Langfristige Kooperation verschiedener Akteure (bspw. Staat, Privatwirtschaft oder Wissenschaft)

Am Prozess beteiligte Personen sollten über **interne Schulungen** auf die LNOB relevanten Herausforderungen und Ansätze vorbereitet werden.

Neue Allianzen und eine **stärkere Beteiligung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft** sind integraler Bestandteil der Agenda 2030 Umsetzung. Daraus kann auch das PDDC in Burkina Faso einen Nutzen ziehen: Kooperationspartner in der LNOB Umsetzung sollten unter anderem Think Tanks wie das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE), zur Wirkungsmessung von Governance, und/oder die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt), zur Vereinbarkeit von LNOB mit dem *Do No Harm* Ansatz, sein.

Welche Bedarfe bestehen seitens des GIZ Personals, um LNOB umzusetzen?

Neben einem guten Überblick über Methodentools und LNOB Ansätze, bedarf es in der Regel solider **Kenntnisse und Kompetenzen des Veränderungsmanagements**. Die Umsetzung des LNOB Prinzips führt mit Blick auf die Zielgruppenanalyse zu einem Veränderungsprozess in der Gesamtgestaltung eines entwicklungspolitischen Projekts. Angesichts vielfältiger und komplexer Gemengelagen sind für die Einführung des LNOB Prinzips Methodenkompetenz im *Do No Harm* Ansatz hilfreich. Zudem ist ein **LNOB Schulungskonzept für den internen Gebrauch** wünschenswert. Dabei sollte auf bereits bestehendes Wissen und vorhandene Arbeitshilfen zu verwandten Themen zurückgegriffen werden. Schließlich sollten **lokale und national-regionale Gutachternetzwerke** aufgebaut werden, um eine kontextspezifische Diagnostik zu ermöglichen.

5. Was können wir für die Umsetzung von LNOB in anderen Kontexten lernen?

Bei der Umsetzung von LNOB Maßnahmen ist ein flexibler Ansatz gefordert, der Spielraum für kontextspezifische Anpassungen lässt. Auf Länderebene sollte die GIZ künftig entsprechende differenzierte Zielgruppenanalysen erstellen, die eine Orientierungsgrundlage für Portfolio-Steuerung und die Länderstrategie bieten. Erfahrungen mit einzelnen Leuchtturmaßnahmen sollten für andere Vorhaben nutzbar gemacht werden, beispielsweise über ein LNOB spezifisches IDA Wissensmanagementsystem.

Das Portfoliomanagement auf Länder- und Regionalebene ist aktiv in Lern- und Austauschformate einzubeziehen. Die Entwicklung eines didaktischen Methodenkonzeptes zur Anpassung und Anwendung von LNOB in die laufenden Projektphasen, sollte gemeinsam mit den nationalen GIZ Pilotierungsteams, sowie lokalen und nationalen Akteuren gestaltet werden.

In den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit könnten im Rahmen der bilateralen Regierungsverhandlungen für die Agenda 2030 mögliche Kooperationsfelder für die Verankerung von LNOB identifiziert werden. Eine differenzierte Zielgruppenanalyse könnte für den Politikdialog genutzt werden, um strukturelle Diskriminierung zu thematisieren und Gestaltungsspielräume entsprechend festzulegen. Zusätzlich sollten folgende Punkte in die Planung einbezogen werden:

- Ergebnisse von Zielgruppenanalysen als Parameter in M+E Systeme einbinden (Messung der Wirkung des Vorhabens auf benachteiligte Menschen)
- Schnittstellenkooperation zu anderen Projekten im Landesportfolio einplanen sowie Berücksichtigung des hohen Kommunikationsaufwands in der Ressourcenplanung (Online-Plattformen nutzen, bspw. IDA)
- Flexible Steuerungskapazitäten integrieren, um bei der Umsetzung Gestaltungsspielraum zu haben
- Nutzbarmachung des kontextspezifischen Wissens und Kompetenzen der nationalen Mitarbeiter*innen
- *Do No Harm* Konsequenzen mitdenken
- “Trial & Error” in der Erprobung zulassen

Die kommunale Ebene ist wichtiger Aushandlungsort und Erfolgsfaktor zur Erreichung der globalen Entwicklungsziele. In Burkina Faso kann das Dezentralisierungsprojekt einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der lokalen Demokratie und der breiteren Reformbemühungen der Regierung leisten. Dem identifizierten Kapazitätsdefizit des Staatsapparates und der Regierung steht ein Beratungs- und Unterstützungsangebot zur Umsetzung der lokalen wie ministeriellen Governance Kompetenz zur Seite. Ebenso trägt die Wirkungssteigerung der Dezentralisierungsreform durch LNOB dazu bei, die Vorteile der lokalen Demokratie und Governance besser zu verstehen und LNOB als zentrales Mittel zur Absicherung des sozialen Friedens zu verstehen.

Um LNOB auch in anderen Projekten zu integrieren, bedarf es flexibel agierender Projektrahmen mit zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen. Der Veränderungsprozess sollte in die langfristige Planung mit aufgenommen werden, damit die erzielten Wirkungen nachhaltig sind. Zudem sollte LNOB systematisch umgesetzt werden, bei der Partnerland- und Zielgruppenauswahl, der Auswahl von geeigneten Förderinstrumenten oder bei der Beantwortung von wirtschaftspolitischen Fragestellungen, bei der Reduzierung von Armut und Ungleichheit sowie der marktwirtschaftlichen Orientierung (z.B. Integration von Fürsorgekonzepten und anderer staatlicher Sozialpolitiken).

Impressum

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

„Reduzierung von Armut und Ungleichheit in der Agenda 2030“

Friedrich-Ebert-Allee 36 + 40

53113 Bonn

Deutschland

poverty-inequality@giz.de

<https://www.giz.de/de/weltweit/68498.html>



Design, Layout

Alina Tetzlaff, Bonn

Fotonachweis

© GIZ/Michael Tsegaye

URL-Verweise:

Für Inhalte externer Seiten, auf die hier verwiesen wird, ist stets der jeweilige Anbieter verantwortlich. Die GIZ distanziert sich ausdrücklich von diesen Inhalten.

Im Auftrag des

Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation verantwortlich.

Bonn, 2019